

WAZ, Mi. 21.04.2010

Minister: Kein Grund für 50 km/h

Der NRW-Verkehrsminister antwortete auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Gisela Walsken zur B 288

Mündelheim. Nicht mit der von SPD-Seite gewünschten Kritik an der Stadtverwaltung hat die NRW-Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Gisela Walsken (SPD) zum Hin und Her um die Höchstgeschwindigkeit in der Ortsdurchfahrt der B 288 reagiert.

Dabei ging es auch um die Verlässlichkeit von Antworten auf Eingaben an die Stadt. Denn Axel Heyer und Rainer Klaucke hatten sich schon 2003/2004 mit entsprechenden Bitten an die Verwaltung gewandt. Zuletzt hatte Heyer Fragen dazu an die Stadt gerichtet (wir berichteten). Anlass war der Widerspruch zwischen der jahrelangen Ankündigung von Tempo 50 dort und der tatsächlichen Beibehaltung von Tempo 70 nach der zur Zeit stattfindenden Umgestaltung der Kreuzung.

Die Antwort auf eine Eingabe,

so NRW-Verkehrsminister Lutz Lienenkämper (CDU), sei eine Stellungnahme des zuständigen politischen Gremiums, der Bezirksvertretung oder des Rates der Stadt. Gesetzlich gebotene Sachentscheidungen fachlich zuständiger Stellen würden dadurch nicht ersetzt.

Nun habe eine Auswertung der Unfallsituation auf der

HINTERGRUND

Kreuzung Mündelheim

Zur Entschärfung der Kreuzung B 288/Uerdinger Straße gibt es nicht nur eine separate Grünphase für Linksabbieger aus Krefeld in die Uerdinger Straße. Auch Linksabbieger von der Uerdinger Straße zur Tankstelle soll erschwert werden. Im Bonnefeld soll Einbahnstraße werden.

Kreuzung ergeben, dass es dort in den letzten drei Jahren zwar 19 Unfälle im Zusammenhang mit Abbiegen, Einbiegen und Kreuzen gegeben habe, jedoch nur in einem Fall überhöhte Geschwindigkeit als Unfallursache festgehalten worden sei. Zur Verhinderung der Abbiegeunfälle aber werde zur Zeit die Ampelanlage umgebaut. Vor diesem Hintergrund hätten sich Stadt, Landesbetrieb Straßen NRW, Bezirksregierung und Polizei auf die Beibehaltung von Tempo 70 verständigt. Letztlich zuständig sei die Stadt Duisburg als innerörtliche Straßenverkehrsbehörde. Dass die Geschwindigkeit abgesenkt werden sollte, sei in den Antworten auf die damaligen Eingaben auch erst als Prüfgegenstand erwähnt. Die Ergebnisse der Prüfung aber seien am 18. Februar in der Bezirksvertretung mitgeteilt worden. mkw



Wollte von der Landesregierung Auskunft in Sachen B 288 haben: die Landtagsabgeordnete Gisela Walsken.

Foto: Andreas Mangen